

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Landesorganisation Hamburg

a.o. Landesparteitag 18.11.2017

Beschlusstexte

	Antragsteller	Überschrift	Beschlusstext
Soz1	Kreis VI Bergedorf	Keine Zentralisierung der Wohn- Pflegeaufsichten	Erledigt durch Annahme von Soz 2 in geänderter Fassung
Soz2	AG 60plus Hamburg	Zentralisierung der Wohn- Pflegeaufsicht	Der Landesparteitag fordert den Senat auf: 1. Die Stärkung der Wohn- Pflegeaufsichten ist so vorzunehmen, dass sichere Ansprechpartner und – Orte in den Bezirken verbleiben 2. Die Wohn- Pflegeaufsichten in den Bezirken personell so auszustatten, dass sie ihren gesetzlichen Pflichten nachkommen können. 3. Es ist nach spätestens drei Jahren zu überprüfen, ob die vorgenommenen Veränderungen den gewünschten Effekt erzielt haben oder nachjustiert werden muss. Über diese Prüfung soll dem Landesparteitag berichtet werden.
Soz3	Kreis V Wandsbek	Stärkung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung	Vertagung
Soz4	AG 60plus Hamburg	Stärkung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung	Vertagung
Soz5	Kreis VI Bergedorf	Keine öffentliche Stigmatisierung von Menschen, die Sozialleistungen beziehen	Annahme Die SPD fordert, dass Menschen mit Anspruch auf eine Sozialkarte, diese bei Fahrten mit dem HVV nicht mitführen müssen.
Soz6	Kreis VI Bergedorf	Betriebskrippen attraktiver gestalten!	Zurückgezogen
Arb1	Kreis I Mitte	Mitbestimmung auch im öffentlichen Dienst stärken - Bundespersönalvertretungsgesetz novellieren	Annahme Der Parteivorstand der SPD und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die Mitbestimmung der Personalräte im öffentlichen Dienst des Bundes und in den öffentlichen Unternehmen des Bundes durch eine Novellierung des Bundespersönalvertretungsgesetzes zu

			<p>stärken. Vorbildlich sind für den Bundesbereich die Fortschritte in der Mitbestimmung in den Personalvertretungsgesetzen insbesondere sozialdemokratisch regierter Länder. Der entsprechende Gesetzesentwurf soll zusammen mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften entwickelt werden.</p> <p>Im Rahmen der Novellierung sind insbesondere folgende Verbesserungen zu anzustreben:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Eine Ausweitung der Mitbestimmung bei sozialen, personellen, organisatorischen und sonstigen innerdienstlichen Maßnahmen, z.B. durch eine innerdienstliche allgemeine Mitbestimmung der Personalräte, so dass wesentlich mehr Tatbestände als bisher mitbestimmungsrechtlich erfasst werden, 2. Streichung des bestehenden Versagungskataloges, der die Mitbestimmung aushöhlt, wenn sie nur greift, so einer der wenigen restriktiven Voraussetzungen des sogenannten Versagungskataloges vorliegt, 3. ein umfassendes Initiativrecht der Personalräte durch Abschaffung des Versagungskataloges und mehr Mitbestimmungstatbestände, 4. die Verankerung einer Zuständigkeit des Personalrates auch für Personen, die für die Dienststelle oder für Angehörige der Dienststelle tätig sind ohne dienst- oder arbeitsrechtlich an sie gebunden zu sein und 5. die Einführung einer ressortübergreifenden Mitbestimmung durch Vereinbarungsrechte zwischen der Bundesregierung und den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes.
Arbeit Ini 7		Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro	zurück gezogen
Arbeit Ini 8		Ladenöffnung Heiligabend	<p>Annahme geänderte Fassung:</p> <p>Keine Ladenöffnung im Einzelhandel, wenn Heiligabend auf einen Sonntag fällt.</p> <p>Die Bürgerschaft wird aufgefordert, das Hamburgische Gesetz zur Regelung der</p>

			Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz) vom 22. Dezember 2006 dahingehend zu ändern, dass Verkaufsstellen, die überwiegend Lebend- und Genussmittel feilhalten, an Heiligabend geschlossen sein muss, wenn dieser Feiertag auf einen Sonntag fällt.
Ges1	Kreis III Eimsbüttel	Kliniken und stationäre Einrichtungen im Gesundheitswesen dürfen nicht weiter privatisiert werden, denn Gesundheit ist keine Ware	<p>Annahme geänderte Fassung:</p> <p>Zur Weiterleitung an den Bundesvorstand:</p> <p>Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass Kliniken und stationäre Einrichtungen des Gesundheitswesens als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht weiter privatisiert werden.</p> <p>Die Privatisierung von Krankenhäusern führt durch die Gewinnerwartung der privaten Krankenhausträger zu einem erhöhten Kostendruck, der besonders im Bereich der Pflege zu spüren ist.</p> <p>Zur Verbesserung der Finanzierung des gesamten Gesundheitswesens ist daher auch die Trennung zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung aufzuheben und in einer Bürgerversicherung zusammenzuführen.</p>
Ges2		Angemessene medizinische Grundversorgung in Süderelbe sicherstellen!	<p>Annahme geänderte Fassung:</p> <p>1.) Der Senat möge Verhandlungen mit der Kassenärztlichen Vereinigung und weiteren relevanten Beteiligten führen, um eine angemessene medizinische Grundversorgung zu gewährleisten. Dabei ist darauf zu achten, dass eine wohnortnahe Versorgung mindestens im Bereich der Haus- und Kinderärzte angestrebt wird. Weite Wege sollten dabei für die Patienten zum Aufsuchen eines Arztes vermieden werden. Ziel muss es sein, dass diese Ärzte dort praktizieren, wo die Patienten wohnen.</p> <p>2.) Im Hinblick auf die sich daraus ergebenden Konsequenzen fordern wir den Senat auf, sich bei der KV Hamburg dafür einzusetzen, unverzüglich den von ihr schon heute anerkannten Bedarf</p>

			von zunächst zwei weiteren Hausarztsitzen im Bezirk Harburg zu decken. Dabei sind die erkannten regionalen Defizite im Bezirk so auszugleichen, dass diese beiden Arztsitze im Raum Süderelbe zu vergeben sind.
Wohn1	Jusos	Ein Zusatzgeschoss für zusätzliche Sozialwohnungen	Annahme in geänderter Fassung: Der Senat wird gebeten zu prüfen, wie künftig bei Neubauvorhaben Anreize für einen höheren Anteil von Sozialwohnungen möglichst in vielen Stadtteilen z.B. durch ein zusätzliches Geschoss geschaffen werden können.
Wohn/ Stadtpl. Ini 2		Bürgerbeteiligung in Bezirken ermöglichen - positive Effekte der Beteiligung für ausgewogene Planung nutzen	Annahme in geänderter Fassung: Die SPD Hamburg strebt an, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf bezirklicher Ebene bei bedeutenden Infrastrukturvorhaben (Straßenbau, ÖPNV, Grünanlagen u.a.) in klar geregelten Verfahren zu formalisieren und damit zu verbessern. Dadurch sollen einerseits die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wie auch der gewählten bezirklichen Gremien (Bezirksversammlungen, Regionalausschüsse), andererseits die legitimen Entscheidungsbefugnisse der Landesbehörden und des Senats im gesamtstädtischen Interesse geklärt und gestärkt werden.
Wohn/ Stadtpl. / En/ Verk Ini3		Elektromobilität neu denken - neue Quartiere und Baugebiete E-konform mitdenken	Annahme in geänderter Fassung: Die SPD Hamburg fordert: 1. Dass der Senat die Bundesratsinitiative 340/16 „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wohnungseigentumsgesetzes und des Bürgerlichen Gesetzbuches zur Förderung der Barrierefreiheit und Elektromobilität“ unterstützt, mit der die Anpassung des §22 WEG und die Einführung einer dem § 545a BGB entsprechenden Regelung gefordert wird, um die existierenden Hürden für Wohnungseigentümer*innen und Mieter*innen bei der Installation von Ladestationen in Garagen zu mindern. 2. Dass der Senat gemeinsam mit den Bezirken mit Bauvorhabenträgern ins Gespräch kommt,

			<p>um anzuregen, dass neu geplante Stellplätze in Tiefgaragen mit hinreichenden infrastrukturellen Voraussetzungen für das Laden von Elektrofahrzeugen ausgerüstet werden.</p> <p>3. Dass der Senat bestehende oder neue Förderfonds nutzen bzw. auflegen soll, welche die Einrichtung notwendiger Infrastruktur für das Laden von Elektrofahrzeugen in neu zu errichtenden Tiefgaragen fördert.</p> <p>4. Dass neue und innovative Pilotprojekte im Bereich Ladestrom (Ladestrom aus Straßenlaternen, vergleichbar mit den Projekten in Berlin; etc.) - soweit sie für Hamburg geeignet erscheinen - in bestehenden Wohnquartieren auf ihre Flächentauglichkeit in der Praxis getestet werden; Senat und Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert im Benehmen mit den zuständigen Bezirken und Bezirksfraktionen die notwendigen Gebiete zu identifizieren und Projekte zeitnah anzustoßen.</p> <p>5. Dass die zuständige Fachbehörde den Bezirken die Möglichkeit gibt, beispielsweise über die Regionalausschüsse Vorschläge aus der Bevölkerung für neue Standorte für Ladestationen zu sammeln.</p> <p>6. Dass die Entwicklungen zur Elektrifizierung des Gütertransports weiter unterstützt werden.</p> <p>7. Dass der Senat Anknüpfungspunkte bei Industrie, Wissenschaft und Forschung für die Errichtung eines europäischen Kompetenzzentrums Akkumulator-Forschung und -Entwicklung in Hamburg prüft.</p>
Umw1	Kreis IV Nord	Erweiterung Naturschutzgebiet Raakmoor	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Der Senat wird gebeten, eine Erweiterung des Naturschutzgebietes Raakmoor um südlich und südwestlich gelegene Flächen zu prüfen.</p> <p>Der Landesparteitag wird über das Ergebnis der Prüfung in Kenntnis gesetzt.</p>
Umw2	Jusos	Verpflichtende Abfalltrennung in vier Fraktionen in Kindergärten und Schulen	erledigt durch Regierungshandeln
Umw3	Kreis II Altona	Verpflichtende Abfalltrennung in vier	erledigt durch Regierungshandeln

		Fraktionen in Kindergärten und Schulen in Altona	
Umw4	Kreis VII Harburg	Atomtransporte	zurück gezogen
Umw5	Jusos	Sauberkeitsoffensive: Kritik ernstnehmen – keine Abstriche beim Sauberkeitsversprechen	Annahme
Umw Ini 9		„C40 Cities Climate Leadership Group“	Annahme in geänderter Fassung: Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, ob für die Hansestadt Hamburg die Initiative ergriffen werden soll, die Ziele des Netzwerks „C40 Cities Climate Leadership Group“ durch einen Beitritt und aktive Unterstützung zu fördern.
GI/Th1	Kreis II Altona	Aufnahme der gesellschaftlichen Querschnittsaufgabe der Gleichstellung von Frauen und Männern in die Hamburger Bildungspläne für Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien	Annahme Die zuständige Behörde für Schule und Berufsbildung wird beauftragt, die Hamburger Bildungspläne für Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien gemäß § 6 Verordnung über das Verfahren zum Erlass von Bildungsplänen (BildungsplanVO) i.V.m. § 4 Absatz 4 Hamburgisches Schulgesetz (HmbSG) zu überprüfen und fortzuschreiben mit dem Ziel, die als besondere Bildungs und Erziehungsaufgaben bezeichneten Aufgabengebiete explizit um die gesellschaftliche Querschnittsaufgabe der Gleichstellung von Frauen und Männern zu erweitern.
GI/Th2	AG Selbst Aktiv	Barrierefreiheit als Prüfkriterium für alle Neuanschaffungen	Annahme Die Landesorganisation der SPD Hamburg soll bei allen Anschaffungen – auch bei neuer Software – Barrierefreiheit als Kriterium vor der Kaufentscheidung prüfen.
GI/Th3	Kreis III Eimsbüttel	Inklusion vorantreiben - Barrierefreiheit bei Neuanschaffungen prüfen	erledigt durch Annahme von GITh 2
GI/Th4	Kreis II Altona	Das Recht auf Wahlen für Menschen mit Behinderungen erleichtern und unterstützen – Barrierefreie Wahllokale ausbauen!	Annahme Der Senat wird gebeten,

			<p>1.) sicherzustellen, dass barrierefreie Wahllokale in ausreichender Anzahl im gesamten Stadtgebiet zur Verfügung gestellt werden,</p> <p>2.) zu gewährleisten, dass bei der Wahlbenachrichtigung mit angegeben wird, wo das nächste barrierefreie Wahllokal zu finden ist,</p> <p>3.) zu prüfen, inwieweit durch temporäre Maßnahmen (beispielsweise Nutzung portabler Stufenrampen) am Wahltag die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von Wahllokalen, verbessert werden kann,</p> <p>4.) zur Bundestagswahl eine Broschüre in leichter Sprache anzufertigen, die über den Wahlablauf informiert sowie</p> <p>5.) sich dafür einzusetzen, dass bei der Bundestagswahl in den Wahllokalen notwendige Hilfsmittel wie eine Stimmzettelschablone bereitgestellt werden sowie</p> <p>6.) dass das zuständige Landeswahlamt bei den Wahlvorbereitungen die Expertise der entsprechenden Interessenverbände für behinderte Menschen einbezieht, um deren Sachverstand in die Erfüllung dieser gesellschaftspolitischen Aufgabe einzubeziehen.</p>
Bil1	Jusos	Antrag zur Änderung des Findungsverfahrens einer Schulleitung	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die bisherige Regelung zur Besetzung des Findungsausschusses geändert wird, so dass sowohl ein Vertreter der SchülerInnen als auch ein Vertreter der Eltern jeweils ein stimmberechtigtes Mitglied in dieses Gremium entsenden können.“. Diese Regelung soll dort gelten, wo im Schulbetrieb für eine Personalstelle ein solcher Ausschuss im Rahmen des Bewerbungsverfahrens gesetzlich vorgeschrieben ist.</p>
Bil2	Jusos	Hürden abschaffen – Studium ermöglichen!	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Senat und Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert zu prüfen, inwiefern</p> <p>1. der erfolgreiche Abschluss einer Berufsausbildung zu einer Berechtigung der Aufnahme eines</p>

			<p>Studiums in grundständigen Studiengängen, d.h. einer allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung, führt.</p> <p>2. die zuständigen Kammern mit Übergabe des Abschlusszeugnisses allen Absolventen eine Bescheinigung mit Ausweis einer angemessen gewichteten Durchschnittsnote in Dezimalform, die aus der Durchschnittsnote der Abschlussprüfung der jeweiligen Kammer sowie der Durchschnittsnote des Abschlusszeugnisses der Berufsschule besteht, aushändigt.</p> <p>Über das Prüfergebnis wird auf dem nächsten Landesparteitag berichtet.</p>
Bil3	Jusos	Gewinnung und Förderung von Führungsnachwuchskräften für die allgemeinbildenden Schulen in Hamburg	<p>Annahme</p> <p>Der Senat wird aufgefordert den beschlossenen Antrag</p> <p>"Hamburg 2020: Die Besten für Hamburgs Schulen. Gewinnung und Entwicklung von Führungsnachwuchskräften an Hamburger Schulen weiterentwickeln" (Drucksache 20, 20. Wahlperiode)</p> <p>mit einer größeren Intensität umzusetzen und durch Seminare für Lehrer/Lehrerinnen an Schulen mit Führungskräftemängeln zur Entdeckung von Führungstalenten auszuweiten, sowie durch Seminare für Lehramtsstudenten/-studentinnen zu ergänzen, um dem erheblichen Schulleitermangel an den Hamburger Schulen entgegenzuwirken.</p>
Bil4	Jusos	Starkes Azubiwerk – Mehr Angebote für Auszubildende	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Mehr Angebote für Auszubildende</p> <p>Senat und Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert zu prüfen, wie Unterstützungsangebote für Auszubildende geschaffen werden können, die sich an den Angeboten des Studierendenwerkes für Studierende orientieren. Hierzu sind insbesondere Gespräche mit der gemeinnützigen Stiftung Auszubildendenwerk zu führen.</p>

Bil5	Jusos	Klausuren 2.0 – Die Digitalisierung im Jurastudium konsequent vorantreiben	Annahme in geänderter Fassung: Senat und Bürgerschaftsfraktion werden gebeten, sich dafür einzusetzen, dass ein Konzept entwickelt wird, welches Examenskandidaten in Zukunft ermöglicht, Klausuren der juristischen Staatsexamina landesweit digital, sprich am Computer, zu verfassen. Gleiches gilt für die Klausuren an den juristischen Fakultäten in Hamburg, damit es Studierenden künftig freisteht, Klausuren am Computer zu verfassen.
Bil6	Jusos	Kopien von Schulklausuren	erledigt
Bil7	Jusos	Für mehr Transparenz und Regeln bei der Notengebung im Schulfach Sport	Annahme in geänderter Fassung: Der Senat und insbesondere die zuständige Behörde werden aufgefordert zu prüfen, ob bei der Benotung im Fach Sport der Rahmenplan Sport stärker durchgesetzt und kontrolliert werden kann.
Bil8	Jusos	Erste-Hilfe-Kurse im Schulunterricht	Annahme in geänderter Fassung: An Hamburger Gymnasien und Stadtteilschulen sollen weiter regelmäßige Erste-Hilfe-Kurse gefördert werden. Sie sollen alljährlich in den Klassenstufen 7-13 verpflichtend und während der regulären Unterrichtszeit stattfinden. In diesen Kursen sollen die Schüler*innen über Erste-Hilfe-Maßnahmen, Handlungsmöglichkeiten in Notfallsituationen und die Notwendigkeit von Zivilcourage informiert werden. Erste-Hilfe-Maßnahmen sollen auch praxisnah eingeübt werden.
Verk1	Kreis II Altona	Barrierefreiheit beim S-Bahnhof Königstraße starten	erledigt
Verk2	Kreis II Altona	Flugticket mit HVV-Einzelfahrkarte	Annahme Der Hamburger Senat wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die Flughafen Hamburg GmbH mit dem Hamburger Verkehrsverbund eine Vereinbarung abschließt, dass die Bordkarte für eine HVV Einzelfahrt zum und vom Flughafen Hamburg – Helmut Schmidt berechtigt, analog zu beispielsweise Konzert- oder Musicalveranstaltungen. Die Finanzierung soll über einen Passagierabhängigen Zuschlag auf die Start- und Landegebühr erfolgen.

Verk3	Kreis VII Harburg	Beleuchtung auf Schulwegen, die durch Grünanlagen führen	Annahme in geänderter Fassung: Der Senat und die Bezirke mögen sich dafür einsetzen, eine Beleuchtung auf Schulwegen, die durch Grünanlagen führen, zu schaffen.
Verk Ini 5	Kreis IV Nord	Kommunikation im Hamburger Verkehrsverbund	Annahme Die Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert den Vorschlag zu prüfen, dass die Betreiber von schienengebundenen Linien im Hamburger Verkehrsverbund auf den Bahnsteigen Informationen über Sperrungen bzw. längere Betriebsunterbrechungen auf allen Linien aller Betreiber und nicht nur die der eigenen Linien aushängen sowie dies in allen Zügen durchsagen.
Recht1	Kreis III Eimsbüttel	Verfassungsfeinde entschlossen bekämpfen: "Reichsbürger" entwaffnen und aus dem öffentlichen Dienst entlassen	Annahme in geänderter Fassung: In Bezug auf die Gruppierung der sogenannten „Reichsbürger“ wird der Senat gebeten dafür Sorge zu tragen, dass „Reichsbürger“ keine Waffen besitzen dürfen. Er soll außerdem in jedem Einzelfall prüfen, ob eine Entlassung aus dem öffentlichen Dienst rechtlich möglich ist und diese ggf. veranlassen.
Recht2	Jusos	Für eine verantwortungsvolle Kehrtwende in der Cannabis-Politik	Vertagung
Recht3	Jusos	Mindestens haltbar bis es gegessen wurde – Gegen Verschwenden von Lebensmitteln	Annahme in geänderter Fassung: Der Senat möge sich für Maßnahmen einsetzen, die dafür geeignet sind, dass Supermärkte noch verwendbare Lebensmittel nicht wegwerfen, sondern an soziale Einrichtungen wie z.B. die Tafeln abgeben. Nach Ablauf eines Jahres wird eine Evaluierung zu Nahrungsmittelverschwendung und Spendenverhalten der Supermärkte stattfinden.
Verf1	Kreis VI Bergedorf	Einführung eines zusätzlichen, nichtkirchlichen, gesetzlichen Feiertages am Internationalen Frauentag, dem 8. März, im Land	erledigt durch Annahme der Neufassung der Antragskommission in geänderter Fassung: Ein zusätzlicher gesetzlicher Feiertag für Hamburg

		Hamburg	<p>Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Senatsmitglieder werden aufgefordert, sich für einen zusätzlichen allgemeinen gesetzlichen Feiertag in Hamburg einzusetzen. Ein solcher Feiertag sollte politisch und gesellschaftlich möglichst breit getragen werden.</p> <p>In die Entscheidungsfindung sollten daher durch die parlamentarischen Gremien auch gesellschaftliche Gruppen wie Arbeitnehmerorganisationen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und die Wirtschaft in geeigneter Weise einbezogen werden.</p> <p>Viele Hamburgerinnen und Hamburger beklagen ein Gerechtigkeitsdefizit bei den Feiertagsregeln. In Hamburg gelten derzeit 9 gesetzliche Feiertage, in Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg und Bayern hingegen 11-13. Mit einem zusätzlichen Feiertag würde Hamburg diesen Abstand im Vergleich der Länder verringern und mit Ländern wie Brandenburg und Hessen gleich ziehen (jeweils 10 Feiertage). Auch in anderen Ländern, wie in Bremen und Niedersachsen wird deshalb derzeit ebenfalls ein weiterer Feiertag angestrebt. Vor dem Hintergrund einer seit Jahren guten Konjunkturlage- und Prognose sowie einer in Hamburg im Ländervergleich besonders hohen Wirtschaftskraft, ist es gut zu verantworten, dieses Gerechtigkeitsdefizit anzugehen und eine Annäherung an die Mehrzahl der Länder mit mehr Feiertagen zu schaffen.</p>
Verf2	AsF	Internatioaler Frauentag wird Feiertag	<p>erledigt durch Annahme der Neufassung der Antragskommission in geänderter Fassung:</p> <p>Ein zusätzlicher gesetzlicher Feiertag für Hamburg</p> <p>Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Senatsmitglieder werden aufgefordert, sich für einen zusätzlichen allgemeinen gesetzlichen Feiertag in Hamburg einzusetzen. Ein solcher Feiertag sollte politisch und gesellschaftlich möglichst breit getragen werden.</p> <p>In die Entscheidungsfindung sollten daher durch die parlamentarischen Gremien auch gesellschaftliche Gruppen wie Arbeitnehmerorganisationen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und die Wirtschaft in geeigneter Weise einbezogen werden.</p> <p>Viele Hamburgerinnen und Hamburger beklagen ein Gerechtigkeitsdefizit bei den</p>

			<p>Feiertagsregeln. In Hamburg gelten derzeit 9 gesetzliche Feiertage, in Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg und Bayern hingegen 11-13. Mit einem zusätzlichen Feiertag würde Hamburg diesen Abstand im Vergleich der Länder verringern und mit Ländern wie Brandenburg und Hessen gleich ziehen (jeweils 10 Feiertage). Auch in anderen Ländern, wie in Bremen und Niedersachsen wird deshalb derzeit ebenfalls ein weiterer Feiertag angestrebt. Vor dem Hintergrund einer seit Jahren guten Konjunkturlage- und Prognose sowie einer in Hamburg im Ländervergleich besonderes hohen Wirtschaftskraft, ist es gut zu verantworten, dieses Gerechtigkeitsdefizit anzugehen und eine Annäherung an die Mehrzahl der Länder mit mehr Feiertagen zu schaffen.</p>
Verf3	Kreis III Eimsbüttel	Reformationstag-31.10.-gesetzlicher Feiertag in Hamburg dauerhaft einführen	<p>erledigt durch Annahme der Neufassung der Antragskommission in geänderter Fassung:</p> <p>Ein zusätzlicher gesetzlicher Feiertag für Hamburg</p> <p>Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Senatsmitglieder werden aufgefordert, sich für einen zusätzlichen allgemeinen gesetzlichen Feiertag in Hamburg einzusetzen. Ein solcher Feiertag sollte politisch und gesellschaftlich möglichst breit getragen werden.</p> <p>In die Entscheidungsfindung sollten daher durch die parlamentarischen Gremien auch gesellschaftliche Gruppen wie Arbeitnehmerorganisationen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und die Wirtschaft in geeigneter Weise einbezogen werden.</p> <p>Viele Hamburgerinnen und Hamburger beklagen ein Gerechtigkeitsdefizit bei den Feiertagsregeln. In Hamburg gelten derzeit 9 gesetzliche Feiertage, in Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg und Bayern hingegen 11-13. Mit einem zusätzlichen Feiertag würde Hamburg diesen Abstand im Vergleich der Länder verringern und mit Ländern wie Brandenburg und Hessen gleich ziehen (jeweils 10 Feiertage). Auch in anderen Ländern, wie in Bremen und Niedersachsen wird deshalb derzeit ebenfalls ein weiterer Feiertag angestrebt. Vor dem Hintergrund einer seit Jahren guten Konjunkturlage- und Prognose sowie einer in Hamburg im Ländervergleich besonderes hohen Wirtschaftskraft, ist es gut zu verantworten, dieses Gerechtigkeitsdefizit anzugehen und eine Annäherung an die</p>

			Mehrzahl der Länder mit mehr Feiertagen zu schaffen.
Med1	Kreis II Altona	WLAN Hotspots auch in den Bezirken	Annahme in geänderter Fassung: Der Senat wird aufgefordert, den Ausbau von kostenfreien WLAN in den Zentren der Bezirke durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen.
Med2	Jusos	NDR goes Podcast	zurück gezogen
Med3	Jusos	O-Ton	zurück gezogen
Spo1	Kreis II Altona	Subventionierung der Eintrittsgelder Bäderland	Annahme Wir fordern den Hamburger Senat auf, die Eintrittskosten für die Freibäder und Hallenbäder (Schwimmbäder) zu überprüfen und Maßnahmen zu ergreifen, die Eintrittskosten für die Freibäder und Hallenbäder nachhaltig zu senken ohne die Schließung von Bädern vorzunehmen. Die Reduzierung sollte mindestens 50% betragen, für Kinder unter 16 Jahren von aktuell 4,70 € auf mindestens 2,35 € und für Erwachsene von aktuell 9,20€ auf 4,60 €. Als Beispiel wurden die Eintrittsgelder vom Bäderland Festland für einen Tag verwendet.
Org1	Kreis II Altona	Die SPD-Hamburg soll eine Mitgliederpartei bleiben – durch gezielte Mitgliederwerbung in Neubaugebieten die Mitgliedschaft stärken!	Annahme in geänderter Fassung: Die SPD Hamburg ist Mitgliederpartei Der Landesvorstand wird aufgefordert, ein Konzept für die Mitgliederwerbung in Hamburg zu erarbeiten. Es soll unterschiedliche Maßnahmen zur Mitgliederwerbung auf der Ebene der Distrikte, Kreise und Landesorganisation entwickeln. Dieses Konzept soll ein Budget vorsehen, das auch von den Kreisen/Distrikten für einzelne Maßnahmen eingesetzt werden kann. Hierfür müssen die Kreisverbände in Zusammenarbeit mit den jeweils betroffenen Distrikten gezielte Mitgliederwerbemaßnahmen/-kampagnen planen.
Org2	Kreis III Eimsbüttel	Verzicht auf Werbung für private Krankenversicherungen im "Vorwärts"	Annahme in geänderter Fassung:

			<p>Zur Weiterleitung an den Bundesparteitag:</p> <p>Verzicht auf Werbung, die der Beschlusslage der Partei widerspricht, z.B. für Private Krankenversicherungen im „Vorwärts“</p> <p>Wir fordern die Verantwortlichen in der Partei auf, in unserer Zeitung „Vorwärts“ keine Werbung mehr u.a. für die Privaten Krankenversicherungen zu machen.</p>
Org3	AsF	Reißverschluss für Bezirks- und Bürgerschaftslisten	<p>Annahme</p> <p>Für die Aufstellung der Listen für Bezirks- und Bürgerschaftswahlen muss der Reißverschluss angewendet werden.</p>
Org4	Kreis V Wandsbek	Änderung des Organisationsstatuts der Landesorganisation	<p>Annahme</p> <p>§ 12 Absatz 2 Satz 2 des Organisationsstatuts der Landesorganisation Hamburg erhält folgende Fassung:</p> <p>„Auf Beschluss der Kreisdelegiertenversammlung können auch zwei oder drei stellvertretende Vorsitzende gewählt werden.“</p>
Org Ini 1	Kreis II Altona	Die SPD Hamburg braucht eine neue Social-Media-Strategie	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, in enger Zusammenarbeit mit der SPD Bürgerschaftsfraktion die gemeinsame Strategie zur Verbesserung der Sichtbarkeit von SPD-Positionen und zur Steigerung der Kampagnenfähigkeit der SPD im Bereich der Social-Media (nachfolgend: Social-Media-Strategie) zu evaluieren und anzupassen.</p> <p>Im Einzelnen soll die neue Social-Media-Strategie folgende Punkte beinhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Konkrete Maßnahmen zur ständigen Ausweitung der Reichweite (<i>Follower</i>)

			<ul style="list-style-type: none"> • Die professionelle visuelle und sprachliche Umsetzung der Beiträge (<i>Posts</i>), die sich an den gängigen Seh- und Lesegewohnheiten der Nutzer orientiert. • Erstellung eines jährlichen Social-Media-Plans, der regelmäßige (politische und unpolitische) Ereignisse/Termine beinhaltet und eine vorausschauende Planung ermöglicht. • Ständige Anpassung der Inhalte an technische Weiterentwicklungen der Medien (z.B. Untertitelung von Videos) und Trends. • Kommunikation von (und Dialog zu) SPD-Positionen (zusätzlich zu Senats-Positionen) • Strategie zur gezielten Positionierung von Themen/Personen der Bürgerschaftsfraktion. • Einrichtung einer Arbeitsgruppe aus Haupt- und Ehrenamtlichen (ggf. auch externen Fachleuten), die regelmäßig Vorschläge zur technischen und inhaltlichen und kreativen Weiterentwicklung der Social-Media-Kommunikation der SPD Hamburg macht. <p>Die SPD Landesorganisation soll für die Entwicklung einer Social-Media-Strategie entsprechende personelle und finanzielle Mittel zu Verfügung stellen und auf eine gemeinsame Abstimmung mit der Bürgerschaftsfraktion hinwirken.</p>
Org Ini 4	Kreis IV Nord	Gemeinsam Stark - Bürgerschaft und Bezirke besser vernetzen	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die SPD Hamburg organisiert regelmäßig ein Zusammenkommen der Fraktionen der Bürgerschaft und der Bezirke, zu dem auch die Mitglieder des Landesvorstands, der Kreisvorstände sowie sozialdemokratischen Senatsmitglieder eingeladen werden. 2. Analog zur der zweijährlich stattfindenden Haushaltsklausur soll die Landes- und Bezirksklausur in fachspezifischen Gruppen über die politischen Leitvorstellungen und größeren Vorhaben informieren bzw. eine konzeptionelle Weiterentwicklung anstoßen. 3. Die Fachsprecherinnen und Fachsprecher der Bezirke und der Bürgerschaft werden im Vorfeld über die Themen unterrichtet und in die Themenfindung eingebunden. 4. Die im Dialog zwischen Bürgerschafts- und Bezirksversammlungsmitgliedern erarbeiteten Hinweise werden auf Machbarkeit geprüft, in einen politischen Entwicklungsplan eingestellt und an die Teilnehmenden zurückgemeldet

Org Ini 5	Jusos	Die SPD Hamburg als Vorreiter bei der Verjüngung der Partei – konkrete Jugendquote einführen	Vertagt
Org Ini 6	Altona	Distrikte aufwerten	Vertagt